

PROTOKOLL

**der Delegiertenversammlung der ADB e.V.
am Samstag, den 12.10.2003 in Berlin,
Europäische Akademie Berlin, Bismarckallee 46-48, 14193 Berlin**

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird den aktuellen Erfordernissen entsprechend geändert.

1. **Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden**
2. **Anträge**
3. **Grußwort des neuen Geschäftsführers der DBH, Peter Reckling,
Austausch- und Diskussionskooperationsmöglichkeiten**
4. **Bericht des Vorsitzenden**
5. **Kassenbericht**
6. **Bericht der Kassenprüfer**
7. **Verabschiedung von Vorstandsmitgliedern**
8. **Entlastung des Vorstandes**
9. **Ernennung des Wahlvorstandes**
10. **Wahlen a) Vorstand
b) Kassenprüfer**
11. **Schlusswort**

Zu 1.

Der Bundesvorsitzende, Hans Gerz, begrüßt um 9.15 Uhr die Anwesenden; er stellt die ordnungsgemäße Einladung fest.

Zu 2.

Christine Büttner-Krischock und .Monika Leser stellen ein in den Niederlanden herausgegebenes Werk „Probation and Probation Services“ vor (über 600 Seiten), welches wegen der klaren Darstellung und guten Vergleichbarkeit ein einmaliges Werk bezüglich der europäischen Perspektive ist. Eine Ausgabe Osteuropa ist bereits erschienen. Die westeuropäische Fassung ist in englisch erschienen und sollte übersetzt werden. Die Landesarbeitsgemeinschaften werden aufgerufen, nach Übersetzer/innen zu suchen, damit die deutschsprachige Fassung möglichst kostengünstig erscheinen kann.

Die genauen Kosten können noch nicht beziffert werden, mehr Klarheit besteht, wenn der Osteuropa-Teil erschienen ist.

Zum vorgelegten Antrag „Privatisierung“ (Berliner Erklärung zur Privatisierung der Bewährungshilfe) berichtet eine Kollegin aus Baden-Württemberg über die dortige aktuelle Entwicklung. Seit Spätsommer 2002 wurde eine Strukturreform eingeleitet mit insgesamt vier Arbeitsgruppen. Die Arbeitsergebnisse der Gruppen wurden vom Ministerium an die einzelnen Arbeitsgruppenmitglieder verschickt. Der Abschlussbericht umfasst 140 Seiten. Bis 17.10.2003 soll die baden-württembergische LAG zu den Themen Standards, Dienstaufsicht/Leitung und Fortbildung Stellung nehmen.

Aus kollegialer Sicht sind insbesondere die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „fachliche Standards“ durchaus brauchbar. Sie berichtet von einer fairen Auseinandersetzung in ihrer Arbeitsgruppe. Die meisten Gruppen waren gemischt besetzt (SozialarbeiterInnen und JuristenInnen) die AGB und die LAG waren über einzelne Personen vertreten. Die Arbeitsgruppenmitglieder tragen sich einmal monatlich und hatten einzelne Aufgaben zu erledigen.

Die Veranstaltung in Bad Boll wurde aus baden-württembergischer Sicht positiv betrachtet; dort konnte erfreut festgestellt werden, dass die Zahl der Befürworter nicht sehr groß ist. Erwähnenswert ist, dass der Justizhaushalt nur 3 % des Gesamthaushaltes in Baden-Württemberg ausmacht. Einspareffekte bei der Bewährungshilfe, den Gerichtsvollziehern und Notaren, die ebenfalls privatisiert werden sollen, sind allenfalls langfristig zu erwarten.

Das Justizministerium suchte bislang händeringend nach einem freien Träger, der die Aufgabe übernehmen will. Zwar schien der Straffälligen-Verein in Stuttgart zunächst dazu bereit, die notwendige Satzungsänderung konnte jedoch wegen fehlender 2/3-Mehrheit nicht umgesetzt werden. Deshalb sind jetzt noch kleinere Vereine angesprochen worden. Das Modellprojekt dürfte deshalb nicht wie geplant am 1.1.2004 beginnen.

Während in der Anfangsphase das Modellprojekt ergebnisoffen durchgeführt und wissenschaftlich begleitet werden sollte, steht nun das Ergebnis fest. Eine wissenschaftliche Begleitung soll aber beibehalten werden.

Kernpunkte des Konzepts sind:

Fachaufsicht durch Sozialarbeiterkollegen, die dann nur eine reduzierte Zahl von Probanden zu betreuen haben.

Die Probandenzahl liegt zurzeit bei 100.

In Zukunft soll nur über diesen Weg eine Beförderungsmöglichkeit bestehen bleiben.

Die Diskussion innerhalb der Kollegenschaft war durch die zwei unterschiedlichen Organisationen erschwert, während die AGB in ihren Reihen durchaus starke Kräfte hat, die den Modellversuch unterstützen, ist die LAG mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. Insgesamt wird das Verhältnis der Gegner und Befürworter von 60 zu 40 eingeschätzt. Der Hauptpersonalrat soll auch rechtliche Bedenken geltend

gemacht haben, wenn Beamte in Vereine „ausgeliehen“ werden. Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt.

Es schließt sich eine lebhafte Diskussion an, in der auch die Frage aufgeworfen wird, ob der Bundesvorsitzende eine Privatisierung grundsätzlich ausschließt. Die Versammlung ist sich einig, dass es notwendig ist, die Diskussion in Zukunft weiter zu führen, eine klare Position für die Öffentlichkeit ist jedoch notwendig.

Die Erklärung wird einstimmig ohne Enthaltungen in der überarbeiteten Form angenommen.

Die Diskussion um die übrigen Anträge wird zunächst zurückgestellt.

Zu 3.

Peter Reckling, der zurzeit sowohl als Bewährungshelfer, als auch Geschäftsführer der DBH tätig ist, wird in Kürze ausschließlich für die DBH arbeiten. Er betont, dass es Ziel der DBH war, auch nach der Trennung die Einheit der Berufsgruppen zu halten. Es sei an der Zeit, die Zusammenarbeit nun neu zu bedenken. Er möchte mit seiner Anwesenheit ein entsprechendes positives Signal setzen. Da er selbst in der Vergangenheit bei den Auseinandersetzungen zwischen ADB und DBH nicht involviert war, hofft er, für beide Seiten ein geeigneter Gesprächspartner zu sein.

Andererseits sollte vor zu großen Projekten gewarnt werden; die Zusammenarbeit dürfte eher in kleinen Schritten mit einzelnen Projekten beginnen.

Bei der sich anschließenden Diskussion sehen sich viele Delegierte in ihrer Einschätzung bestärkt, dass die Interessen eines Berufsverbandes in der ADB gut aufgehoben sind. Lange zurückliegende Kontroversen sollten besonders im Interesse der jüngeren Kolleginnen und Kollegen nicht mehr die Diskussion bestimmen. Natürlich ist es notwendig, z.B. die Rolle der DBH beim Aufbau der Bewährungshilfe in den neuen Ländern aufzuarbeiten. Insgesamt sollte jedoch der Blick nach vorn gerichtet werden, so auch der Bundesvorsitzende Gertz; beide Organisationen seien mittlerweile souverän genug, unterschiedliche Positionen jeweils bestehen zu lassen.

Zu 4.

Hand Gertz schildert die bisherige Arbeit:

Sowohl der geschäftsführende, als auch der erweiterte Vorstand arbeitete regelmäßig; lediglich im Februar 2003 war die Gesamtvorstandssitzung schwach besucht. Es gebe durchaus auch Probleme, Personen für die Vorstandsarbeit zu gewinnen; einzelne Landesarbeitsgemeinschaften haben noch größere

Personalprobleme, z.B. Niedersachsen.

Mittelfristig müsste auch über eine Organisationsreform nachgedacht werden, Eine Einzelmitgliedschaft sei für Herrn Gertz denkbar. Insgesamt ist festzustellen, dass die gesamte Arbeit, einschließlich aller auf den Weg gebrachten Projekte sich fachlich auf hohem Niveau bewegte.

Zu 5.

Der Kassenbericht mit Stand 8.10.2003 und eine aktualisierte Übersicht über die Beitragszahlungen der LAGs lag vor. Die Zahlung aus Berlin ging erst kurzfristig ein, die Länder Baden-Württemberg, Bremen und Sachsen haben bislang nicht bezahlt.

Besonders im Jahre 2003 hat es einen deutlichen Zuwachs der Geldbußenzuweisung gegeben; es sind etwa 5.000,-- € zu erwarten.

Zu 6.

Lothar Strehl erläutert das Ergebnis der am 10.10.2003 durchgeführten Kassenprüfung. Der Revisor hat sämtliche Buchungen kontrolliert und konnte den logischen Aufbau der Kasse nachvollziehen. Alle Belege wurden geprüft, die Sammelbelege wurden stichpunktartig kontrolliert. Alle Belege waren vorhanden, das rechnerische Ergebnis war richtig.

Der Anfangsbestand jeden Jahres, die Einnahmen und Ausgaben sowie der Endbestand jeden Jahres ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle.
Endbestand für das laufende Jahr ist der 7.10.2003.

Die Entlastung des Kassierers, Egon Goste, wird angeregt.

Vor der Abstimmung wird ein Antrag der LAG Hamburg vorgelegt, der, da er noch überarbeitungsbedürftig ist, später abgestimmt wird. In der Diskussion um den Bericht wird vorgeschlagen, dass sich die ADB mit der Reform des Jugendstrafrechts befasst. Nach Informationen von Professor Sonnen ist ein Gerichtshelfer aus Hamburg bei der Bearbeitung dabei gewesen. Arno Suhr schlägt vor, dass die ADB als anhörungsberechtigter Verband anerkannt werden soll.

Zu 7

Hans Gertz verabschiedet die ausscheidenden Bundesvorstandsmitglieder Egon Goste und Jutta Woestmann. Er bedankt sich für die qualifizierte Vorbereitung und Durchführung der hiesigen Bundestagung, ein besonderer Dank gilt auch der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin.

Zu 8

Hans Gertz stellt dann fest, dass 61 stimmberechtigte Delegierte anwesend sind; die Versammlung ist demzufolge beschlussfähig.

Dem Vorstand wird einstimmig ohne Enthaltungen die Entlastung erteilt.

Zu 9

Als Wahlvorstand stellen sich Horst Klingelstein, Siegfried Hofmann und Willi Spettmann zur Verfügung; sie werden einstimmig gewählt.

Zu 10 a)

Es stellen sich dann die Kandidaten/-innen einzeln vor.

Hans Gertz verweist auf die nun dritte anstehende Amtsperiode, er charakterisiert die Vorstandsarbeit als für ihn sehr interessant, man arbeite teamorientiert und arbeitsteilig. Ihm liegt die Öffentlichkeitsarbeit, auch die Wiederherausgabe der AGB-intern und die Qualitätsentwicklung am Herzen.

Mandy Walter möchte die Arbeit an der Qualitätsentwicklung fortsetzen und die Lebenslagenuntersuchungen, Richterbefragung nochmals unter wissenschaftlichen Aspekten zusammenfassen und ein gemeinsames Werk schaffen.

Holger Gebert stellt sich als Kassierer zur Verfügung und sieht neben dieser Aufgabe hauptsächlich das Thema Privatisierung als seinen Schwerpunkt an.

Neu stellt sich Waltraud Liehm zur Verfügung. Sie ist seit 1979 Bewährungshelferin und hat sich nach einer Familienpause den Themen Qualifizierung gewidmet. Den Schwerpunkt der Arbeit im Bundesvorstand will sie sich noch offen lassen.

Fabian Herbert, der seit einem Jahr dem Bundesvorstand angehört, sieht seine Aufgabe darin, fachliche Informationen einzuholen und er will sich dem Thema Privatisierung widmen.

Es folgt, da kein Antrag auf geheime Abstimmung gestellt wird, eine offene Abstimmung:

Vorsitzender: Hans Gertz, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen.

Stellvertretende Vorsitzende: Mandy Walter, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen.

Kassierer: Holger Gebert, keine Gegenstimmen, eine Enthaltung,
Fabian Herbert, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen,
Waltaud Liehm, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen,
Heidmarie Schütt, keine Gegenstimmen, eine Enthaltung.

Heidmarie Schütt, die kurzfristig erkrankt war, hatte gegenüber dem Vorstand verbindlich erklärt, dass sie kandidiert und im Falle ihrer Wahl das Amt annimmt.

Zu 10 b

Vorgeschlagen werden Lothar Strehl und Egon Goste. Beide werden einstimmig ohne Gegenstimmen und Enthaltungen gewählt.

Fortsetzung von Tagesordnungspunkt .6

Der überarbeitete Antrag aus Hamburg wurde mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und 12 Enthaltungen angenommen.

Zu 11.

Hans Gertz bedankt sich nochmals für das gute Gelingen der fünften Bundestagung; neben den Vorstandsmitgliedern äußert er sich auch anerkennend über die zusätzlichen Helfer von der LAG Berlin.

Zur nächsten Tagung empfiehlt er, die Anträge möglichst frühzeitig zu verschicken, damit Änderungswünsche rechtzeitig formuliert werden können und nicht erst auf der Versammlung selbst.

Hans Gertz schließt die Versammlung um 12:00 Uhr.